

Stand: 31.01.2026 01:01:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5833

"Nein zum Schuldenpaket im Bundesrat: Kein Aufweichen der Schuldenbremse und kein Klimaschutz ins Grundgesetz!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5833 vom 18.03.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5859 vom 19.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.03.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)**

Nein zum Schuldenpaket im Bundesrat: Kein Aufweichen der Schuldenbremse und kein Klimaschutz ins Grundgesetz!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat gegen die Lockerung der Schuldenbremse und alle im Zusammenhang mit dem Schuldenpaket stehenden Änderungen des Grundgesetzes, insbesondere die Aufnahme der Klimaneutralität ins Grundgesetz, zu stimmen.

Begründung:

Die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich auf weitreichende Änderungen des Grundgesetzes geeinigt. Diese beinhalten unter anderem eine Aufweichung der Schuldenbremse sowie die Schaffung eines schuldenfinanzierten „Sondervermögens“ in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro, das für Verteidigung, Infrastruktur und den vermeintlichen Klimaschutz verwendet werden soll. Diese Änderungen sind konsequent abzulehnen.

Ebenso abzulehnen ist der parlamentarische Vorgang, weitreichende Beschlüsse kurzfristig vor der Konstituierung eines bereits neu gewählten Bundestages zu fassen. Der Bundestag der 20. Legislaturperiode spiegelt nicht mehr die gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse und den Wählerwillen wider. Die bayerische und die deutsche Wählerschaft haben klar gegen eine Fortsetzung der Ampelpolitik votiert, trotzdem soll nun durch eine verabredete Neuverschuldung von mindestens einer Billion Euro de facto diese Politik fortgeführt werden.

Die Festschreibung der Klimaneutralität bis 2045 im Grundgesetz widerspricht zudem jeglicher politischen Vernunft. Einerseits deshalb, weil sie den politischen Handlungsspielraum der Gegenwart und der nahen Zukunft erheblich einschränkt, und andererseits, weil die Finanzierung eines solchen Langzeitziels angesichts dringlicherer Herausforderungen nicht sichergestellt werden kann. Zudem würde eine derartige Änderung des Grundgesetzes auch dadurch ein Novum darstellen, dass eine Jahreszahl mit Ablaufdatum genannt wird.

Der Klimaschutz sollte nicht als Feigenblatt für eine ausufernde Staatsverschuldung missbraucht werden, zumal der Druck auf die heimische Unternehmenslandschaft durch gestiegene Energiepreise ohnehin kaum mehr tragbar ist. Die Verankerung des Klimaschutzes im Grundgesetz verhindert grundlegende Reformen und eröffnet künftigen Bundesregierungen stattdessen die Möglichkeit, den staatlichen Interventionismus auf Kosten der gesellschaftlichen Zukunftressourcen weiter auszudehnen. Auch Klagen wirtschaftsfeindlicher Nichtregierungsorganisationen wird damit noch mehr Vor- schub geleistet.

Die von der Staatsregierung angekündigte Zustimmung zu diesem Schuldenpaket ist fatal. Auch das Beifügen einer Protokollnotiz bei der Zustimmung im Bundesrat genügt nicht, um die durch das Paket entstehenden Verwerfungen zu lindern. Die Staatsregierung muss sich im Bundesrat entschieden gegen die Lockerung der Schuldenbremse und die angedachten Grundgesetzänderungen einsetzen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/5833

Nein zum Schuldenpaket im Bundesrat: Kein Aufweichen der Schuldenbremse und kein Klimaschutz ins Grundgesetz!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Andreas Jurca

Abg. Manuel Knoll

Abg. Tim Pargent

Abg. Ralf Stadler

Abg. Felix Freiherr von Zobel

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Nein zum Schuldenpaket im Bundesrat: Kein Aufweichen der Schuldenbremse und kein Klimaschutz ins Grundgesetz! (Drs. 19/5833)

Wie bereits bekannt gegeben, hat die AfD-Fraktion zu diesem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Andreas Jurca das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren! Der Bundestag hat mit einer abgewählten Mehrheit ein Schuldenpaket verabschiedet, das Deutschland langfristig finanziell sehr belasten wird. Gleichzeitig wurde eine Grundgesetzänderung beschlossen, die weitreichende Konsequenzen für die zukünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik haben wird. Das Vorgehen ist in mehrfacher Hinsicht problematisch.

Erstens. Der demokratische Prozess wird unterlaufen. Ein Bundestag, dessen Mehrheitsverhältnisse nicht mehr die aktuellen Wählerpräferenzen widerspiegeln, trifft eine Entscheidung von historischer Tragweite.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hat das Bundesverfassungsgericht aber anders gesehen!)

Der neue Bundestag hätte die Möglichkeit haben müssen, über ein solches Schuldenpaket zu beraten. Stattdessen wurde die Entscheidung vorgezogen und im Eilverfahren beschlossen.

Zweitens. Die finanzielle Tragweite ist enorm. Die geplante Neuverschuldung beläuft sich auf mehrere Hundert Milliarden Euro. Die Schuldenbremse wird ausgehebelt,

ohne dass eine tragfähige Gegenfinanzierung vorgelegt wird. Deutschland hat derzeit eine Schuldenquote von 65 % des BIP. Mit diesem Paket wird sie auf 85 % anwachsen. Das ist ein erheblicher Anstieg, der weit über die in der Eurozone ursprünglich angestrebte Grenze von 60 % hinausgeht. Schon jetzt ist absehbar, dass der Schuldendienst jährlich über 40 Milliarden Euro kosten wird – nur der Zins, wir reden noch nicht einmal von der Tilgung. Das ist Geld, das für andere notwendige Aufgaben dann fehlen wird.

Die Verteilung der Mittel ist ebenfalls kritisch zu hinterfragen: 500 Milliarden Euro für Infrastruktur ohne klare Projektlisten oder Kontrollmechanismen; 100 Milliarden Euro für Klimaschutz ohne gesicherte wirtschaftliche Effizienz; 100 Milliarden Euro für Länder und Kommunen – vergleichsweise wenig in Anbetracht der Tatsache, dass diese den Hauptteil der Schuldenlast tragen werden –; 400 Milliarden Euro für die Bundeswehr ohne eine nachhaltige Finanzierungsstrategie.

Was bedeutet das für jeden Einzelnen in Deutschland? – Jede Neuverschuldung ist eine Steuerbelastung für künftige Generationen. Schon heute beträgt die Pro-Kopf-Ver verschuldung in Deutschland rund 30.000 Euro. Mit dem Schuldenpaket steigt sie um weitere 6.000 Euro pro Bürger auf insgesamt 36.000 Euro an. Bei dieser Berechnung wurden jene nicht herausgenommen, die keine Steuern zahlen. Das ist eine reine Pro-Kopf-Berechnung. Das bedeutet, jeder Deutsche, vom Neugeborenen bis zum Rentner, trägt diese Schulden mit. Die langfristige Konsequenz ist klar: steigende Steuern und Abgaben, weniger finanzielle Spielräume für die Zukunft und eine höhere Belastung für kommende Generationen.

Drittens, die Grundgesetzänderung und ihre Folgen. Mit dieser Entscheidung wird eine langfristige politische Festlegung getroffen, die den Handlungsspielraum künftiger Regierungen einschränkt. Mein Kollege Harald Meußgeier wird in seiner Rede auf die Auswirkungen noch detaillierter eingehen, insbesondere auf die Verankerung der Klimaneutralität im Grundgesetz.

Die Bayerische Staatsregierung hat angekündigt, dem Schuldenpaket zuzustimmen, aber im Bundesrat eine Protokollnotiz beizufügen. Dies ist keine ausreichende Reaktion auf eine Entscheidung dieser Tragweite. Wir fordern deshalb, dass sich die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat klar gegen dieses Schuldenpaket und gegen die angedachten Grundgesetzänderungen ausspricht. Dabei geht es um finanzielle Verantwortung, um eine sachgerechte Verfassungsordnung und vor allem um zukünftige Generationen. Stimmen Sie deshalb unserem Dringlichkeitsantrag zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Manuel Knoll für die CSU-Fraktion.

Manuel Knoll (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Was ist gestern im Deutschen Bundestag passiert? – Eine Mehrheit hat für die Möglichkeit gestimmt, dass die Bundesrepublik Deutschland Geld aufnehmen kann, um notwendige Investitionen im Bereich der äußeren Sicherheit und der Infrastruktur vornehmen zu können. Die Betonung liegt auf "kann" und nicht zwangsläufig auf "muss". Durch diese Entscheidung wurde bisher noch kein einziger Euro Schulden aufgenommen. Es ist auch nicht sicher, ob das Geld jeweils abgerufen wird. Es wurde lediglich der rechtliche Rahmen dafür geschaffen.

Warum war dieser Schritt notwendig? – Er war deshalb notwendig, weil die Karten in der Weltpolitik in den letzten Wochen grundlegend neu gemischt wurden. Ich darf Sie daran erinnern: Vor wenigen Wochen hat J.D Vance die Münchener Sicherheitskonferenz besucht, wo er Europa scharf kritisiert und ein Fragezeichen hinter die Sicherheitsgarantien der USA für uns gesetzt hat. Da war zudem die Demütigung Selenskyjs in Washington vor laufenden Kameras und die anschließende Aussetzung militärischer Unterstützung der USA für die Ukraine. Da war außerdem gestern das gescheiterte Telefonat zwischen Trump und Putin über einen Waffenstillstand.

Unsere Sicherheit in Deutschland basiert bisher hauptsächlich auf den USA. Wir sind vom nuklearen Schutzschild der Amerikaner, von den Ergebnissen ihrer Aufklärung – übrigens auch bei der inneren Sicherheit – und von ihrer militärischen Präsenz in Bayern abhängig. Wenn ein solches System der Sicherheit, das uns jahrzehntelang getragen hat, ins Wanken gerät, können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Das tun übrigens auch die anderen europäischen Länder nicht. Wir brauchen jetzt vielmehr eine kraftvolle und starke Antwort Europas.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei dieser Entscheidung geht es um nichts weniger als um die Freiheit unseres Landes. Ich schaue dabei auf die rechte Seite dieses Plenums, die diesen Antrag heute gestellt hat. Wir hätten uns diese ganzen Maßnahmen sparen können, das Geld und die Debatte darüber, wenn Ihr Freund Putin nicht ohne Not in Europa Krieg vom Zaun gebrochen hätte und uns nicht ständig bedrohen würde. Es vergeht kaum eine Woche ohne russische Sabotageakte, ohne russische Drohnenüberflüge über militärisches Gelände in Deutschland, ohne russische Desinformation und Spionageakte gegen kritische Infrastruktur auf deutschem Boden. Sie reden hier ständig von Patriotismus. Wie verlogen ist das bitte, wenn Sie die Sicherheit unserer Bevölkerung ohne mit der Wimper zu zucken preisgeben, wenn es Ihnen egal ist, dass unsere Souveränität in Europa bedroht ist? Wäre Ihnen unser Land wirklich wichtig, dann würden Sie für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger eintreten und zeigen, dass Ihnen dieser Schutz etwas wert ist.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich auch noch etwas zum Zeitpunkt sagen: Russland produziert momentan 1.500 Panzer pro Jahr. Unsere Bundeswehr hat im Gesamtbestand nur 300 Panzer. Man kann es natürlich so machen wie Sie und abwarten, bis irgendwann eine Regierung gebildet ist und wertvolle Zeit verstreichen lassen, oder man handelt sofort.

(Zurufe von der AfD)

– Seien Sie ruhig; dann können Sie noch etwas lernen. – Zudem hat das Bundesverfassungsgericht Ihre Eilanträge abgelehnt, die Sie gemeinsam mit Ihren Putin-Freunden von Linksaßen gestellt haben. Es besteht überhaupt kein Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Zeitpunkts und dieser Entscheidung.

Ich möchte außerdem noch etwas zu Ihren Vorwürfen sagen, die den Klimaschutz betreffen. Auch für diese 50 Milliarden Euro gilt, dass bisher noch kein einziger Cent ausgegeben wurde. Alles muss vorher vom Haushaltsgesetzgeber beschlossen werden, bevor Maßnahmen ergriffen werden. Im Übrigen geht es hier nicht um den Naturschutz, sondern um den Klimaschutz. Von diesem Geld werden keine Fledermausbrücken oder sonst etwas gebaut, sondern es geht ausschließlich um Investitionen, die uns allen am Herzen liegen sollten, zum Beispiel in den Ausbau der Bahn, den Hochwasserschutz, die E-Mobilität oder die Nutzung von Wasserstoff.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir stehen heute vor großen Herausforderungen. Die Möglichkeit, dass der Bund neue Schulden aufnehmen kann, ist leider aufgrund der geopolitischen Situation notwendig geworden. Es ist sicher kein einfacher Schritt. Gerade als Vertreter der jungen Generation und als Mitglied des Haushaltshaussusses liegt mir ein nachhaltiger Umgang mit unseren Staatsfinanzen sehr am Herzen. Aus Verantwortung vor kommenden Generationen sollte eine Schuldenaufnahme die absolute Ausnahme bleiben.

Der Freistaat setzt sich für Einsparungen und Reformen im Bundeshaushalt ein. Wir sollten keine Schulden aufnehmen müssen, um die Zinslast zu tilgen. Wir bleiben weiterhin solide, auch hier im Freistaat. Zum Abschluss möchte ich nur eines sagen: Wenn die Scheune abgebrannt ist, kann man sich nichts davon kaufen, wenn man vorher am Feuerlöscher gespart hat. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Herr Kollege Andreas Jurca hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Kollege Knoll, ich bin in meiner Rede bewusst nicht auf die Kriegsthematik eingegangen, sondern ich habe mich nur auf die Schulden bezogen. Da wir aber gerade beim Thema Scheinheiligkeit sind, möchte ich Sie etwas fragen: Gemäß der Biden-Administration war die Ukraine maßgeblich an der Pipeline-Sprengung beteiligt. Das war zum Teil deutsche Infrastruktur. Ihrer Logik folgend müssten wir also auch gegen die Ukraine aufrüsten; denn Sie haben sich über Angriffe aus Russland, zum Beispiel Cyberangriffe, beschwert. Was ist aber mit Nord Stream? Wie sollen wir uns da verhalten?

(Michael Hofmann (CSU): Was sind das schon wieder für Nebelkerzen?)

Sie müssen hier auf allen Ebenen konsequent sein. Sie müssen uns Ihren Plan sagen, wie wir bei Nord Stream vorgehen, wenn herauskommt, dass hinter der Sprengung die USA oder die Ukraine stecken. Rüsten wir dann gegen diese Staaten auf? Was machen wir dann?

Manuel Knoll (CSU): Ich weiß nicht, was Sie mit dieser Frage bezwecken. Dieses Schuldenpaket muss gemeinsam mit der militärischen Situation betrachtet werden. Wir können diese Themen nicht auseinanderdividieren. Das macht überhaupt keinen Sinn. Sie sollten deshalb keine Nebelkerzen zünden, um vom Thema abzulenken. Hier geht es um die Sicherheit Deutschlands. Es geht darum, wehrhaft zu bleiben, damit wir unsere Freiheit und unseren Wohlstand verteidigen können. Sie können gerne nach Moskau fliegen und dort die Freiheit genießen, wenn es sie dort gibt. Das bleibt Ihnen unbenommen. Wir gehen unsere eigenen Schritte; und dieser Schritt war notwendig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Tim Pargent für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Wären Ihre Anträge nicht immer dermaßen durchsichtig, könnten wir uns etwas ernsthafter damit auseinandersetzen. Sie stellen sich hierher und faseln etwas von den künftigen Generationen. Aber im Kern wettern Sie gegen ganz andere Dinge: erstens gegen die Investitionen in Infrastruktur und Rüstung, für die diese Sondervermögen im Kern geschaffen wurden. Sie wollen – das kann ich nachvollziehen – keine Stärkung Deutschlands an dieser Stelle. Unsere europäischen Partner loben uns dafür. Wer ist nicht so begeistert, wenn Deutschland, das größte Land im Herzen Europas, verteidigungsfähig wird? – Natürlich der Aggressor in Europa. Dass dann Putins Schoßhündchen bei uns im Bayerischen Landtag auch dagegen sind, ist nachvollziehbar, aber ebenso durchsichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie wettern zweitens gegen den Klimaschutz. Das kennen wir von Ihnen. Sie leugnen die Wissenschaft, dann ist es auch leichter, wieder Gas von Ihrem politischen Idol Putin zu bestellen. Faseln Sie dann aber bitte nicht von künftigen Generationen. Sie bezwecken mit diesem Antrag Folgendes: Sie schmeißen den künftigen Generationen eine kaputte Infrastruktur vor die Füße, Sie wollen die EU spalten, und Sie wollen, dass dieses Land nicht verteidigungsfähig ist. Ganz ehrlich: Bevor Sie irgendetwas von künftigen Generationen sagen, entschuldigen Sie sich bitte zuerst bei denen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Worum es Ihnen im Kern geht und was Sie gar nicht abkönnen: In der demokratischen Mitte dieser Gesellschaft gab es eine Einigung zwischen CSU, CDU, SPD und GRÜNEN zur Stärkung unseres Landes. Ich kann mir vorstellen, dass Sie es gar nicht vertragen, dass es diese demokratische Mitte in unserem Land gestärkt hat und sie bei den Kernfragen, um die es geht, nämlich die innere und äußere Sicherheit,

an dieser Stelle zusammensteht; denn Sie wollen unser Land spalten. Sie wollen die Gesellschaft spalten und die Leute in Ihre Hände treiben; aber ganz ehrlich, das werden wir nicht zulassen.

Deswegen haben wir gemeinsam diesem Paket zugestimmt. Ich finde, das ist richtig. Es ist deswegen auch notwendig, dass die Bayerische Staatsregierung am Ende im Bundesrat zustimmen wird.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Der Kollege Ralf Stadler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Ralf Stadler (AfD): Herr Kollege Pargent, Sie haben jetzt davon gesprochen, wie toll das Schuldenpaket sei; aber ist bei den Koalitionsverhandlungen, zu denen Sie hinzugezogen worden sind, jemals eine Silbe über Sparmaßnahmen gesprochen worden? Wenn man einmal nachsieht, stellen wir fest: Wir zahlen für Indien 39,9 Milliarden Euro. Dabei handelt es sich um ein Land, das uns schon längst überholt hat. Wir geben Millionenbeträge aus, und wenn man sich einmal die Liste ansieht, wofür wir überall Geld ausgeben, könnten wir im Durchschnitt circa 115 Milliarden Euro pro Jahr sparen.

Wenn man einmal weiterdenkt: Die Bundeswehr wieder aufzubauen dauert über zehn Jahre. Deswegen könnten wir das alles praktisch selbst und ohne Zinsen finanzieren. Warum reden Sie immer von Schuldenmachen? Wann lernen Sie endlich einmal, Steuergelder zu sparen? Das ist das Problem bei Ihnen. Wie oft ist das Wort "sparen" bei Ihnen in den Verhandlungen vorgekommen? Das würde mich interessieren.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege!

Tim Pargent (GRÜNE): Das ist jetzt die zweite Nebelkerze, welche die AfD wirft.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie sollten sich einmal zu den eigentlichen Fragen in unserem Land äußern: dem Krieg in Europa und diesem Paket, mit dessen Hilfe wir uns aufrüsten. Ihr erster Redner hat es versäumt, zu dem Thema zu sprechen, um das es bei diesen Paketen eigentlich geht. Jetzt haben Sie zwei Nebelkerzen mit Zwischenbemerkungen geworfen nach dem Motto: Aber was ist denn damit, aber was ist denn damit? Sie verweigern sich der ehrlichen Auseinandersetzung mit den Problemen und mit der Hauptgefahr, die wir im Kern Europas haben. Das haben Sie damit erneut unter Beweis gestellt. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist Kollege Felix Freiherr von Zobel. Herr Baron, bitte schön.

Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Verehrte Damen und Herren! Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht die Zeit zu spalten. Die Welt und die Schuldenbremse sind nicht schwarz oder weiß, sondern haben von schwarz-grau bis weiß-grau alle möglichen Grautöne. Damit möchte ich sagen: Wir als Bayerischer Landtag müssen die gefallenen Bundesentscheidungen konstruktiv begleiten. Wir, die FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion, sehen das anscheinend anders als die Antragsteller.

Anders als es in diesem Antrag beschrieben ist, kann die Protokollnotiz sehr wohl eine juristische Würdigung erfahren. Ja, sie kann nicht eingeklagt werden; aber vor Gericht kann sie unter Umständen eine entscheidende Bedeutung haben. Ich bin froh, dass die Übertragung neuer Aufgaben auf die Kommunen ohne Gegenfinanzierung durch den Bund ein Ende haben wird, dass der Länderfinanzausgleich zur Entlastung Bayerns geändert wird und die geliehenen Mittel ausschließlich für zusätzliche Investitionen verwendet werden.

Bei der Verteidigung sind die beschlossenen Maßnahmen alternativlos. Wir müssen uns verteidigen können. Hybride Kriegsführung und Angriffe auf die Infrastruktur sind schon jetzt Realität und leider keine Seltenheit mehr. Das Vermögen für die Infrastruktur ist aus meiner persönlichen Sicht eine riesige Chance. Es ist nicht das Allheilmittel, aber eine Chance, die wir gemeinsam gestalten müssen.

Das heißt, wachsam nach Berlin schauen, das heißt aber auch loben, wenn dort die Investitionen rentabel und dementsprechend sinnvoll eingesetzt werden. Das heißt konstruktiv sein und nicht spalten. Hier kommt für mich der fünfte Punkt der Protokollnotiz zur Sprache: "Neben Investitionen müssen in gleicher Weise strukturelle Reformen und Haushaltskonsolidierungen mit Nachdruck angegangen werden, insbesondere mit Blick auf die geplanten Änderungen an der Schuldenbremse."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, genau das ist doch der Punkt. Wir brauchen unbedingt diese strukturellen Reformen. Jetzt wird der Bund handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt müssen wir uns fragen, wie die Reformen aussehen sollen. Jetzt müssen wir zusammenwachsen, oder wir werden zusammen scheitern. Ich wünsche den Bundestagsfraktionen viel Erfolg, besonders der Union und der SPD. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Harry Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, wertes Hohes Haus! Deutschland benötigt ein umfassendes Investitions- und Sanierungsprogramm für Sicherheit und Infrastruktur. Deshalb ist der Verhandlungserfolg der SPD historisch und alternativlos.

(Beifall bei der SPD)

Nach jahrelangen Debatten werden wir die Schuldenregelung auf Bundes- und Länderebene reformieren und gleichzeitig ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro einrichten, um in unsere Infrastruktur im Bund, in den Ländern und den Städten und Gemeinden zu investieren. Der Bund hat der Reform der Schuldenregelung zugestimmt, und am Freitag stimmt dann hoffentlich der Bundesrat zu.

Wir setzen nun im großen Stil auf Investitionen in die öffentliche und digitale Infrastruktur, von Schienen über Straßen bis hin zu Schulen und Krankenhäusern. Davon werden zukünftige Generationen, unsere Wirtschaft und das Klima profitieren. Die AfD zeigt sich mit ihrem hier eingebrachten Dringlichkeitsantrag wieder einmal als wahrer Feind Deutschlands und Bayerns:

(Beifall bei der SPD)

wirtschaftsfeindlich, schulfeindlich, bundeswehrfeindlich und klimafeindlich. Der AfD nützt nur das, was Putin nützt. Das wollen wir nicht.

(Beifall des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Sie verkennt die Notwendigkeiten unverzichtbarer Investitionen in die Bildungseinrichtungen unseres Landes. Bildung ist unser einziger und entscheidender Schlüssel zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft. Wenn wir den jungen Menschen in diesem Land nicht die besten Voraussetzungen bieten können, um ihre Talente zu entfalten, riskieren wir nicht nur die individuelle Zukunft, sondern auch die Zukunft unserer Gesellschaft. Jeder in Bildung investierte Euro generiert künftige Renditen. Das muss man an der Stelle einmal sagen. Wir machen das nicht, um Geld auszugeben, sondern um Geld wieder hereinzubekommen.

Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind seit jeher unsere Grundlage für Innovation und Wachstum. Dazu gehören selbstverständlich auch die Migranten.

(Beifall des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Der Schlüssel zu langfristigem Wirtschaftswachstum liegt darin, heute die richtigen Entscheidungen zu treffen. Investitionen in unsere Infrastruktur, seien sie in Straßen, Brücken oder Stromnetze, kommen unserer heimischen Wirtschaft in schwierigen Zeiten entscheidend zugute. Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat einer prosperierenden Gesellschaft. Wenn wir jetzt nicht investieren, riskieren wir, dass unser Land wirtschaftlich ins Hintertreffen gerät. Die AfD lässt mit ihrem Antrag unsere Unternehmen, unsere Handwerker und letztlich auch die hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land einfach im Stich.

Wertes Hohes Haus, wir leben in herausfordernden Zeiten. Um unsere nationale Sicherheit zu gewährleisten und unseren Verpflichtungen gegenüber unseren internationalen Bündnissen nachzukommen, ist eine klare finanzielle Strategie notwendig. Ihr Dringlichkeitsantrag beweist: Mit der AfD in Verantwortung sind wir morgen ein Satellitenstaat von Moskau und übermorgen vielleicht schon Teil der Russischen Föderation.

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihren vehementen Ablehnungen des Klimawandels lassen Sie unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

bei neuen Hochwasserkatastrophen einfach absaufen. Unsere Seniorinnen und Senoren, die im Sommer bei Extremwetterlagen leiden, lassen Sie einfach im Stich. Das ist nicht in Ordnung. Die AfD macht, wie sie es immer macht, und leugnet sich frei von Verantwortung.

Langfristige öffentliche Investitionen haben das Potenzial, weit über die Zinskosten hinaus Renditen zu generieren. Die erfolgreichsten Volkswirtschaften, USA und Japan, kennen im Übrigen keine Schuldenobergrenze. Wir lehnen den bayerischen und deutschlandfeindlichen Antrag der AfD-Fraktion selbstverständlich ab. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Harald Meußgeier das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Eines muss ich einmal klarstellen: Liebe CSU, ihr seid doch maßgeblich dafür verantwortlich, dass unsere deutsche Republik militärisch da steht, wo sie jetzt ist, und niemand anderer.

(Beifall bei der AfD)

Die gegenwärtigen Vorhaben der Bundesregierung sind eine Zumutung

(Widerspruch des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

für die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität unserer Nation. Die Union, die SPD und die GRÜNEN wollen überstürzt Änderungen im Grundgesetz durchdrücken, die die bewährte Schuldenbremse aufweichen, und ein schuldenfinanziertes Sondervermögen für den Klimaschutz etablieren. Dadurch wird die Klimaneutralität zum Staatsziel und zum neuen Steuervernichtungsgesetz. Das ist eine Deindustrialisierung per Grundgesetz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieses Vorgehen ist ein direkter Angriff auf die Grundpfeiler einer verantwortungsvollen Haushaltsführung, die den deutschen Steuerzahler eigentlich vor unkontrollierter Steuerpolitik schützen soll. Klimaschutz im Grundgesetz festzuschreiben bedeutet in der Praxis: Alles hat sich der Klimaneutralität von da an zu unterwerfen.

Die Wahlversprechen – wie soll es anders sein – wurden binnen kürzester Zeit gebrochen. So steht beispielsweise im aktuellen Koalitionsvertrag der CSU, dass die Schuldenbremse nicht aufgeweicht werden darf. Und jetzt, liebe CSU? – Kein anderes Land ist so besessen vom Klimawahn wie Deutschland. Die neue Koalition will somit

auch am maroden Ampel-System festhalten und Klimasubventionen mit der Gießkanne über Deutschland verteilen.

(Thomas Huber (CSU): Haben Sie Ahnung von dem, was Sie sagen?)

– Ich hoffe, Sie können heute noch guten Gewissens in den Spiegel blicken, verehrte Damen und Herren der demokratischen Mitte. Dass die Pläne der Regierung, den Klimaschutz im Grundgesetz zu verankern, unseren Wirtschaftsstandort schwächen und die Handlungsfreiheit zukünftiger Generationen gefährden, scheint euch nicht zu interessieren. Jetzt zählt nur noch die Macht, und die wird mit dem staatlichen Sondervermögen missbraucht. Unter dem schwarzen Deckmantel stehen zahllose grüne Lobby-Verbände und Bankrottunternehmen, die ohne staatliche Klimaförderungen nicht existieren würden. Liebe Kollegen, bedenken sollte man auch: Wer sich künftig gegen den Klimaschutz stellt, stellt sich somit auch gegen das Grundgesetz.

(Beifall bei der AfD)

Klimaschutz darf nicht als Ideologie für eine Politik auf Kosten der wirtschaftlichen Vernunft

(Widerspruch des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

und Souveränität missbraucht werden.

(Beifall bei der AfD)

Stattdessen brauchen wir innovative und tragfähige Konzepte, die mit Weitsicht und Nachhaltigkeit einen wirklichen Beitrag zum Umweltschutz leisten, und das weltweit, liebe Kollegen.

(Thomas Huber (CSU): Haben Sie das Grundgesetz schon einmal gelesen?)

Davon sind wir heute aber leider Gottes meilenweit entfernt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Michael Hofmann (CSU): Das stimmt, dass Sie meilenweit entfernt sind von der Realität!)

Vielleicht besinnen sich die FREIEN WÄHLER und stimmen unserem vorliegenden Antrag zu. Liebe FREIE WÄHLER: "Eine solide Haushaltspolitik ist die Basis für eine nachhaltige Zukunftssicherung." Oder: "Die Schuldenbremse hat sich als wirksames Instrument zur Begrenzung der Staatsverschuldung bewährt." – Kommt euch das irgendwie bekannt vor? Nein? – Richtig, denn euer Schlüssel ist das Sondervermögen. Hubsala, ich vergaß: Der Hubert ist jetzt auch finanziell bedacht worden. Dazu fällt mir noch ein schönes Sprichwort ein: Geld verdirbt den Charakter.

(Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Wenn es aus Moskau kommt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Der Bürger und vor allem die junge Generation werden es euch danken.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. – Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Winfried Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Meußgeier, ich glaube, Sie haben – das sollten Sie aber noch tun – den Artikel 20a des Grundgesetzes und auch den Text des Artikels 143h Absatz 1 des Grundgesetzes, den der Deutsche Bundestag beschlossen hat, überhaupt nicht gelesen. Sie erzählen hier etwas, was auf Täuschung beruht. Sie stellen damit etwas in den Raum, was überhaupt nicht der Realität entspricht.

Das Staatsziel des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen – das ist allein die Grundlage für ein Staatsziel, das auch in Richtung Klima wirkt – ist seit 30 Jahren Inhalt des Grundgesetzes. Der Artikel 143h des Grundgesetzes ist eindeutig. So blind kann man gar nicht sein, wenn man den liest, zu übersehen: Das ist eindeutig eine

finanztechnische Regelung. Das ist das eine. Ich würde Ihnen empfehlen, sich die beiden Vorschriften durchzulesen.

Im Übrigen sehen Sie überhaupt nicht, dass Europa sich in einer Zwischensituation eines Handelskrieges zweier großer Wirtschaftsblöcke, nämlich China auf der einen und den USA auf der anderen Seite, befindet und dass es dringend notwendig ist, dass wir hier reagieren, und zwar schnell.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sonst werden wir den Anschluss verlieren.

(Beifall bei der CSU)

Harald Meußgeier (AfD): Sie haben die Antwort eigentlich selbst gegeben. Wenn das im Grundgesetz schon drinsteht, wie Sie das behaupten, warum schreiben Sie es dann überhaupt noch einmal herein? – Und zweitens – –

(Michael Hofmann (CSU): Noch besser kann man gar nicht unterstreichen, dass Sie nichts verstanden haben!)

– Ja, ja, von wegen. – Ja, richtig genau.

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Tragisch! Es ist tragisch! Wirklich tragisch, was hier für Leute herumlaufen im Parlament!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Diese führen wir in namentlicher elektronischer Form durch. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten und ist hiermit freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:16 bis 16:19 Uhr)

Hatten Sie alle die Gelegenheit, Ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich gebe jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Nein zum Schuldenpaket im Bundesrat: Kein Aufweichen der Schuldenbremse und kein Klimaschutz ins Grundgesetz!", Drucksache 19/5833, bekannt. Mit Ja haben 27, mit Nein 125 gestimmt. Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.03.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Nein zum Schuldenpaket im Bundesrat: Kein Aufweichen der Schuldenbremse und kein Klimaschutz ins Grundgesetz! (Drucksache 19/5833)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Arnold Horst				Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar	X			Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole				Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick			
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian			
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara		X	
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			
Beißenwenger Eric				Gießübel Martina		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Goller Mia		X	
Birzele Andreas				Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Graupner Richard		X	
Böhm Martin	X			Grießhammer Holger			
Böltl Maximilian		X		Grob Alfred		X	
Bozoglu Cemal		X		Groß Johann		X	
Brannekämper Robert		X		Gross Sabine		X	
von Brunn Florian		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X		Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian		X		Halemba Daniel			
Demirel Gülsären		X		Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene				Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef			
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian			
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X		Pargent Tim		X	
Hold Alexander		X		Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Holetschek Klaus				Pirner Thomas		X	
Holz Thomas				Pohl Bernhard			
Dr. Hopp Gerhard		X		Post Julia			
Huber Martin	X			Preidl Julian		X	
Huber Martin Andreas				Rasehorn Anna		X	
Huber Thomas		X		Rauscher Doris		X	
Huml Melanie		X		Reiß Tobias		X	
Jäckel Andreas		X		Rinderspacher Markus		X	
Jakob Marina		X		Rittel Anton			
Jungbauer Björn		X		Roon Elena		X	
Jurca Andreas	X			Saller Markus		X	
Kaniber Michaela				Schack Jenny			
Kaufmann Andreas		X		Schalk Andreas		X	
Kirchner Sandro		X		Scharf Martin		X	
Knoblach Paul		X		Scharf Ulrike			
Knoll Manuel		X		Scheuenstuhl Harry		X	
Köhler Claudia		X		Schießl Werner		X	
Köhler Florian	X			Schmid Franz		X	
Kohler Jochen		X		Schmid Josef		X	
Koller Michael				Schmidt Gabi			
Konrad Joachim		X		Schnotz Helmut		X	
Kraus Nikolaus		X		Schnürer Sascha		X	
Kühn Harald		X		Schöffel Martin			
Kurz Sanne		X		Schorer-Dremel Tanja		X	
Lausch Josef		X		Schreyer Kerstin		X	
Lettenbauer Eva				Schuberl Toni			
Lindinger Christian		X		Schuhknecht Stephanie			
Lipp Oskar	X			Schulze Katharina			
Locke Felix		X		Schwab Thorsten		X	
Löw Stefan				Dr. Schwartz Harald			
Dr. Loibl Petra		X		Seidenath Bernhard		X	
Ludwig Rainer		X		Siekmann Florian		X	
Magerl Roland	X			Singer Ulrich		X	
Maier Christoph		X		Dr. Söder Markus			
Mang Ferdinand				Sowa Ursula		X	
Mannes Gerd	X			Stadler Ralf		X	
Dr. Mehring Fabian		X		Stieglitz Werner		X	
Meier Johannes				Stock Martin		X	
Meußgeier Harald	X			Stolz Anna			
Meyer Stefan				Storm Ramona		X	
Miskowitsch Benjamin		X		Straub Karl		X	
Mistol Jürgen		X		Streibi Florian			
Mittag Martin		X		Striedl Markus		X	
Müller Johann	X			Dr. Strohmayer Simone			
Müller Ruth		X		Stümpfig Martin			
Müller Ulrike		X		Tasdelen Arif		X	
Nolte Benjamin	X			Tomaschko Peter		X	
Nussel Walter		X		Toso Roswitha		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X		Trautner Carolina		X	
Osgyan Verena		X		Triebel Gabriele			
				Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	125	0